V A 248 № 585 Morgen-Ausgabe

Berlin

Mittwoch, 10. Dezember 1924

Vossische Zeitung

15 Pfennig

Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Musikblatt, Recht und Leben, Turnen — Sport — Spiel, Für Reise und Wanderung.

Wöchentlich 1.— Mark durch unsere Boten. Durch die Post monatlich 4.20 Mark (dazu 75 Pfennig Bestellgeld) Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark mm-Zeile 25 Pfg., Familien-Anzeigen mm-Zeile 15 Pfg. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteile): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3603. Für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Heute Kabinettsberatung.

Regierungserweiterung im Reich

Während in Preußen keine Veranlassung vorliegt, der Frage einer Regierungsumbildung näherzutreten, nachdem die Wahlen der Regierung der Großen Koalition abermals eine ausreichende Mehrheit gebracht haben, wird in politischen Kreisen die Frage lebhaft erörtert, ob es nicht wünschenswert sei, schon jetzt auf Grund des Wahlergebnisses eine Ergänzung der Reichsregierung vorzunehmen. Ueber den Zeitpunkt, der gewählt werden soll, gehen die Meinungen auseinander. Anscheinend neigt man jetzt dazu, die Kabinettsumbildung möglichst rasch vorzunehmen, ohne die endgültige Zusammenstellung der Wahlergebnisse abzuwarten. Man ist der Auffassung, daß die großen Linien des Volkswillens so klar zutage treten, daß schon jetzt eine Entscheidung getroffen werden kann. Das Wahlergebnis hat einen entschiedenen Ruck nach der Mitte und gleichzeitig eine Stärkung der sozialdemokratischen Partei gebracht, die bisher die Politik der Regierung Marx loyal und parteilich unterstützt hat. Der Reichskanzler selbst hat im Wahlkampf klar und eindeutig die Fortsetzung dieser Politik als einzig mögliche nationale Politik vertreten und hat dafür ein ausgesprochenes Vertrauensvotum erhalten. Das Zentrum ist unter seiner Führung verstärkt aus dem Kampf hervorgegangen. Seine Erklärung gegen den Bürgerblock und seine Feststellung, daß die Deutschnationalen ein unehrliches Spiel getrieben haben, hat überall im Lande weit über die engeren Kreise der Partei hinaus Widerhall gefunden.

Es entspricht der Logik des Wahlergebnisses, wenn die Regierungserweiterung, die der Reichskanzler wiederholt als wünschenswert bezeichnet hat, durch Heranziehung der Sozialdemokratie erfolgt. Bekanntlich beabsichtigt Reichskanzler Jarres sein Amt als Minister des Innern in absehbarer Zeit niederzulegen, um wieder als Oberbürgermeister nach Duisburg zurückzukehren. Außerdem sind die Ministerien der Justiz, des Verkehrs und eventuell der besetzten Gebiete wieder zu besetzen. In politischen Kreisen nimmt man an, daß der Reichskanzler, der heute früh aus Freiburg zurückkehrt, in der Kabinettssitzung am Abend vorschlagen wird, wegen der Besetzung dieser Ministerien mit Vertretern der Sozialdemokratischen Partei in Verhandlungen zu treten.

Es wird abzuwarten sein, wie sich die übrigen Mitglieder des Kabinetts zu dieser Absicht des Reichskanzlers stellen werden. Sie entspricht vollkommen der politischen Lage und den Sitzmungen, die während der Wahl hervorgetreten sind, und zwar kennzeichnenderweise nicht nur bei dem Zentrum, dessen Wähler zu 95 v. H. die Ablehnung des Bürgerblocks mit Jubel begrüßten, und nicht nur bei den Demokraten, die bis zum letzten Mann einig und geschlossen jede derartige Kombination ablehnen, sondern auch bis weit hinein in die Reihen der Wähler der Deutschen Volkspartei, die es als eine unwürdige Situation empfindet, hinter der deutschnationalen Equipage herzulaufen. Ob die Zusammensetzung der Fraktion der Deutschen Volkspartei der Stimmung in ihrer Wählerschaft entspricht, wird sich wohl bald herausstellen.

Demokratische Fraktionssitzung.

Die Fraktionen des neuen Reichstags werden in der nächsten Woche zu ihren konstituierenden Sitzungen zusammentreten. Die Demokraten haben ihre erste Fraktionssitzung auf Dienstag, 16. Dezember, einberufen. In dieser Sitzung wird voraussichtlich ein Antrag auf Einbringung einer Wahlreformvorlage vorgelegt werden. In der Frage der Reichstagspräsidentschaft steht die Fraktion auf dem Standpunkt, daß die stärkste Fraktion des Reichstages den Präsidenten stellen soll, d. h. die Sozialdemokraten; diese werden voraussichtlich wieder den Abg. Loebe als Präsidentschaftskandidaten benennen.

*

Die Zahl der Reichstagsmandate, die zuerst mit 489 angenommen war, hat sich nach einer Revision des vorläufigen Ergebnisses dank der außerordentlich starken Wahlbeteiligung auf 493 erhöht. Der jetzige Reichstagssaal enthält aber nur 472 Sitze für die Abgeordneten. Schon nach der letzten Wahl im Mai, die eine Vermehrung der Mandate um zehn ergeben hatte, konnte neuer Platz für Sitze nur durch Beschränkung verschiedener Durchgänge im Sitzungssaal geschaffen werden. Das Reichstagsbüro beschäftigt sich bereits mit der weiteren Beschaffung der jetzt erforderlich gewordenen neuen Sitzplätze. Es sind jetzt also 21 neue Plätze erforderlich. Die Durchgänge in den Sitzreihen müssen noch weiter beschränkt werden, aber diesmal müssen auch die bequemen Ruhesofas in den beiden hinteren Ecken des Sitzungssaales geopfert werden, um dort noch einzelne Sitzplätze mit Pult aufstellen zu können.

Die Schule als politischer Faktor.

Von

Prof. Dr. Paul Hildebrandt.

Bei einer Besprechung, die ich neulich hatte, sagte mein Partner, der einer anderen Partei angehörte als ich: „Erklären Sie mir doch, weshalb gerade in den Sitzungen unserer Schuldeputationen es zu den heftigsten Zusammenstößen zwischen den Parteien kommt. Niemals kämpft man mit solcher Erbitterung, wie gerade hier."

In der Tat: hier liegt ein Problem. Noch mehr — hier scheint fast der einzige Punkt zu sein, wo eine leider sonst so stark auf Augenblickserfolge eingestellte Parteipolitik die Dinge einmal so sieht, wie sie eigentlich jeder richtige Politiker sehen sollte: unter dem Gesichtspunkt späterer, aber um so durchschlagenderer Wirkung! Denn es ist sicher, daß die Früchte der Schulpolitik nicht heute und nicht morgen reifen — genau wie die Früchte der Erziehung eines Individuums — daß aber trotzdem gerade die Tendenzen dieser Art Politik es sind, die die Zukunft des Volkes bestimmen.

Es muß wieder einmal darauf hingewiesen werden, daß der Vorkriegsstaat bewußt die Erziehung betrieb, um Staatsbürger seiner Fasson zu formen. Der Autoritätsstaat erzeugte die sein, aber auch an ihre Autorität glaubenden Beamten, als wird ihnen — soweit sie noch vorhanden sind, und viele sind noch da — mit Unrecht diese Gesinnung zum Vorwurf gemacht: sie sahen die Herrlichkeit des alten Staates, und ihre Augen waren davon so geblendet, daß sie sich gar nicht vorstellen konnten, es gäbe auch noch etwas anderes als diesen Staat: das Wort Friedrichs des Großen von den Menschen, „die alle nach ihrer Fasson selig werden konnten", konnte noch nichtsahnende Knaben begeistern — für das folgende Jahrhundert war es doch leerer Schall. Es gab nur eine Fasson: den vom Staat abgestempelten Untertanengehorsam.

Eigentlich erstaunlich, daß die Deutschen, denen Betonung ihrer Eigenart so stark im Blut liegt, dahin gebracht werden konnten — nur verständlich durch die Fiktion, die die Erziehung zu diesem Ziel immer wieder betonte: das ist die alte Germanentreue! Weshalb — mit der freien Gefolgschaft hatte dieser Zustand wenig zu tun: einmal deshalb nicht, weil unsere Urväter nur so lange „treu" waren, wie es nach ihrem Kopf ging — wollte einmal der „Herzog" anders als seine Gefolgsmänner — nun dann schlugen sie ihn eben tot, wie Armin und andere Beispiele aus der von den „nationalen" Parteien als so herrlich gerühmten Borzeit beweisen (wobei man besonders auch auf die aus den Sagen hervorschimmernde Grundgesinnung hinweisen muß). Und dann: der Herzog — das war einer von den Ihren, den sie sich selber — und zwar nur auf Zeit — gewählt hatten, nicht aber ein erb- und eigentümlicher Fürst, den mit seinen Untertanen nur die Tradition verband. Daher der Geschichtsunterricht, der den Kindern bis zum Ueberdruß die Gottesgnadenschaft des Königs einbleute und der — Ausnahmen kamen vor! — immer gerade die Dynastie als die besondere Wohltäterin der Menschen pries, in deren Land der Unterricht vor sich ging.

Dieser „Gesinnungsunterricht", der allzu oft die Begriffe Macht und Recht einander gleichsetzte, der der Eigenliebe jegliches Stammes in unerhörter Weise schmeichelte, mußte zweierlei zur Folge haben: die innere Zerrissenheit des deutschen Volkes und die ungeheuerlichste Unkenntnis aller fremden Völker — die tiefsten Ursachen unseres Versagens im Weltkrieg. Wir leiden unter beiden noch heute. Und wir müssen sie kennen, wenn wir eine Zukunft haben wollen. Aber gerade das wollen die Rückwärtsgerichteten nicht sehen. Daher der heftigste Streit, wenn es sich um die künftige Schule handelt.

Es ist eine Umstellung der Gesinnung, die erzwungen werden muß, jene „Sportsmengesinnung", von der die englischen Staatsmänner stets reden: eine Einstellung, in der man den Gegner nicht bekämpft als einen „Lumpen" oder als einen Esel, sondern als „Gentleman". Die Wissenschaftlichkeit, auf die wir Deutschen so stolz sind, hätte uns längst zu diesem so natürlichen Gerechtigkeitsgefühl verhelfen müssen, wenn man sie mit Bewußtsein in die Schule verpflanzt hätte.

Wo ist es heute bei den nationalen und radikalen Politikern, die samt und sonders der „alten" Schule entstammen, zu finden? Genügt es ihnen nicht, daß jemand demokratisch empfindet, um ihn sofort anzugreifen? Hallte nicht ihre Presse dauernd gerade in der letzten Zeit von den wüstesten Angriffen auf Angehörige der Mittelparteien wider, nur weil sie eben anderer politischer Meinung waren als der von ihnen abgestempelten, einzig echten und nationalen? „Ich kann das Wort Freiheit schon gar nicht mehr hören!" Und das wollen die Nachkommen der Männer sein, die einst die von ihnen so verherrlichten „Freiheitskriege" geführt haben!

Ueberhaupt, die Bildung, die ihnen an der Hand griechischer und lateinischer Schriftsteller im noch heute vergötterten

Die Dritte Steuernotverordnung unter Kuratel.

Regierungsschutz gegen Gerichtsentscheidungen.

Amtlich wird bekanntgegeben: „Alsbald nach Verkündung der dritten Steuernotverordnung hat das Reichsgericht ihre Rechtsgültigkeit geprüft und ausdrücklich festgestellt, Trotzdem ist die Verordnung auch nach in neuerer Zeit vielfach als ungültig bezeichnet worden; mehrfach sind Gerichte über die Entscheidung des Reichsgerichts hinweggegangen, und einzelne Mitglieder des höchsten Gerichtshofes selbst haben sich für ihre Person in öffentlichen Kundgebungen in Gegensatz zu der Auffassung des Reichsgerichts gestellt. Hierdurch sind in weiten Volkskreisen Zweifel an der Rechtsgültigkeit der Aufwertungsvorschriften wachgerufen.

Dazu kommt, daß in neuerer Zeit das Reichsgericht und das Kammergericht für einzelne Durchführungsbestimmungen, die zum Teil in untrennbarem Zusammenhang mit den Vorschriften der dritten Steuernotverordnung stehen, in der Ermächtigung des § 64 dieser Verordnung keine ausreichende Rechtsgrundlage erblickt haben. Damit ist auf dem weiten Gebiete der Aufwertung eine Unsicherheit in der Beurteilung von Rechten und Pflichten eingetreten, die die Grundlage des Kredits bedroht und damit eine ernste Gefahr für die Gesamtwirtschaft, insbesondere die Erhaltung der Steuerkraft und der Währung schafft. Die öffentliche Sicherheit und Ordnung, ohne die der Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nicht möglich ist, sind bedroht.

Der Reichspräsident hat sich daher auf Vorschlag der Reichsregierung entschlossen, die Vorschriften der dritten Steuernotverordnung und der Durchführungsverordnungen in eine gemäß Artikel 48 der Reichsverfassung erlassene Rechtsverordnung zu übernehmen. Damit ist bis zu der bevorstehenden Regelung der Aufwertung im Wege der Gesetzgebung ein gesicherter Rechtszustand geschaffen. In Verbindung hiermit sind die Ausschlußfristen der dritten Steuernotverordnung und ihre Durchführungsbestimmungen bis zum 31. März 1925 verlängert worden."

Moskaus Hoffnungen.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

nb **Moskau**, 9. Dezember.

Die Moskauer Presse bezeichnet die deutschen Wahlergebnisse als unerwartet, da man mit noch größeren Verlusten der Extremen zugunsten der Mittelparteien gerechnet habe. Die „Iswestija" betonen, daß die Wahlen keine feste Mehrheit ergeben hätten, weil gegen insgesamt 230 Sozialdemokraten, Zentrumsabgeordnete und Demokraten 190 Reaktionäre stünden, die mit den Volksparteilern sogar 240 Mandate im neuen Reichstag besitzen würden. Infolgedessen sei es möglich, daß die Kommunisten öfters den Ausschlag geben könnten.

Coolidges Sympathie.

Zahl-Echo in Washington.

New York, 9. Dezember.

Nach einer Meldung aus Washington betrachtet Präsident Coolidge die deutschen Wahlergebnisse als ein hoffnungsvolles Zeichen, insofern sie die Entschlossenheit des deutschen Volkes anzeigten, den gemäß des Dawes-Plans übernommenen Verpflichtungen weiter nachzukommen.

Maltzan Nachfolger Wiedtfelds.

Deutschlands Vertreter in Washington.

Wie in diplomatischen Kreisen verlautet, ist der Staatssekretär im Auswärtigen Amt Freiherr v. Maltzan für den Botschafterposten in Washington als Nachfolger Dr. Wiedtfelds in Aussicht genommen.